



Presserklärung vom 18.03.2009

„OWL- AfA informiert sich im Mühlenkreis Minden-Lübbecke über regionale Gesundheitsstrukturpolitik“

„Wir sind als OWL-AfA“, so der AfA-Regionalvorsitzende Hermann Hibbeler, „in den Mühlenkreis gekommen, um uns aus erster Hand über regionale Gesundheitsstrukturpolitik in einem ländlichen Raum zu informieren. Und dabei stehen für uns auch die Ereignisse um das Klinikum Minden im Focus.“

Die Veröffentlichungen in der Tagespresse waren Ausgangspunkt der Beratungen. Ergänzt wurden diese Informationen durch Personalräte der Kliniken des Mühlenkreises und Volker Hoppmann, dem zuständigen Gewerkschaftssekretär von Verdi.

Dem AfA-Vorstand wurde schnell deutlich, dass während der skandalösen Bauphase für die Verantwortlichen nur die Baukosten und nicht die Bedingungen und Rechte der am Bau Beschäftigten im Vordergrund standen. Dadurch wurde verdeckt, dass die Form der Finanzierung enorme Lasten in die Zukunft verschieben würde, die sich jetzt bitter rächen.

Die zu rund 75 % mit sehr hohen Zinsen schuldenfinanzierten Baukosten machen jetzt einen Löwenanteil der Defizite der Kliniken aus.

Dieser riesige Kostenblock, der nicht vom Personal zu verantworten ist, soll nun durch Einkommensverzicht der Beschäftigten abgetragen werden. „Dieser Eindruck drängt sich uns jedenfalls auf, denn warum ist bis heute trotz immensen Beratereinsatzes keine Transparenz der Defizitursachen hergestellt worden. Ebenso ist es für uns nicht nachvollziehbar, warum angesichts der Millionendefizite zusätzliche Millionen für Beratungsunternehmen und Ablösung sowie Neuverpflichtungen von Vorständen bereit stehen“, so AfA NRW Vorstandsmitglied Bernd Fiedler.

„Ebenso ist für die OWL-AfA nicht nachvollziehbar“, so Hibbeler, „dass zwar ein 13-köpfiger Verwaltungsrat neben einem 4-köpfigen hoch bezahlten Vorstand finanziert werden, aber den 4.500 Beschäftigten und ihrem Personalrat 8,5 Vollfreistellungen für 5 Häuser bestritten werden. Statt die wichtigste „Ressource“ eines Dienstleistungsbetriebes zu pflegen, wird deren Interessenvertretung arbeitgeberseitig zu einer Fülle von Klagen gezwungen um seine gesetzlich verbrieften Rechte durchzusetzen. Die Rechtskosten scheinen ebenfalls keine Rolle zu spielen. Es entsteht deshalb für die AfA der Eindruck, dass der Landrat mit stillschweigender Duldung des Verwaltungsrates und Kreistages den „Mehdorn“ macht, obwohl der Kreistag nach dem „Wesentlichkeitsprinzip“ die Gesamtverantwortung trägt. Hier den Kopf nach dem Motto ‚Was ich nicht sehe, habe ich nicht zu verantworten‘ in den Sand zu stecken ist schlicht skandalös.“

Für den AfA-Regionalvorstand steht hier die Glaubwürdigkeit der Politik auf dem Spiel, die nicht nur tatenlos hinnimmt, das Arbeitnehmerrechte mit den Füßen getreten werden, sondern offensichtlich billigend in Kauf nimmt, dass die zukünftige qualifizierte Versorgung der Bevölkerung im Mühlenkreis mit hochwertigen Gesundheitsdienstleistungen zerstört wird.

Nur „Gute Arbeit“ in den Kliniken schafft die Voraussetzung für eine qualifizierte Versorgung der Region. „Wer dies nicht auf dem politischen Schirm hat“, so die AfA, „muss sehr bald seinen Wählern eingestehen, versagt zu haben. Sie fordern zu Recht eine leistungsstarke und wirtschaftliche Versorgung mit guten medizinischen Leistungen ein.“

Es fehlt ganz offensichtlich am Bewusstsein der regionalen Politik, dass die Gesundheitsversorgung zu den Kernthemen der Vor-Ort-Politik gehört und hier im Wesentlichen beeinflusst wird. Diese wird nicht nur in Düsseldorf oder Berlin oder durch die Krankenkassen gemacht.

Die AfA OWL wird sich mit diesem Thema weiter beschäftigen und alternative Konzepte entwickeln. Aber wir werden uns auch entschieden auf die Seite der Beschäftigten stellen, wenn ihre Rechte mit den Füßen getreten werden und dabei keine Rücksicht auf Ämter nehmen,“ so der AfA-Regionalvorstand abschließend.